

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nach dem Festtag und Feiertag. Preis 200 Mark; durch die Post bezogen 220 Mark. Jedes Jahrgangsbüchlein kostet 2000 Mark. Druck: Verlagsanstalt „Sichel u. Hammer“ für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Vertriebsstraße 14.

Herausgeber: Ditto Kilitan

Verlagsanstalt: Sichel u. Hammer, Halle, Vertriebsstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adress: Klassenkampf Halle. Konten: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Verlagskonten: Leipzig 1068 88. Preis nach Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Dienstag, den 16. September 1924

4. Jahrgang \* Nr. 166

## Gegen den Terror der Republik!

h. t. Ein neues Schreckensurteil hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig gefällt. Elf Ehrwürdiger Arbeiter wurden zu 77 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil überdietet in seiner Brutalität alles bisher Dagewesene. Während die gesamte bürgerliche Presse dieses Urteil nur registrierend wiedergibt und sich höchstens über Kommentare entläßt, ist es das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, das „Vorwärts“, welches in eklatanter Weise ausruft: „Der Urteil des Staatsgerichtshofes ist mild zu nennen.“ Wir glauben, daß nach dieser Schlußfolgerung alle letzten sozialdemokratischen Arbeiter in Scham über die Gemeinheit des „Vorwärts“ erzittern und sich mit Ekel von ihm abwenden.

Am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verlor sich in drastischer Weise der zroende Weise Terror der Ebert-Republik. Dieser Gerichtshof wurde unter den Schutten der Rathenau- und Erberter-Mörder gebildet. Seine Urteile riefen die erschrockenen Kleinbürger aus: „Der Feind lebt wieder!“ Niemals jedoch wurde dieser Feind vor die Schranken dieses politischen Gerichtshofes gestellt. Mit Ausnahme der Rathenau-Mörder und nicht mal aller, sowie der Frankfurter Synagogensprenger hat kein einziger Prozeß gegen die verbrecherischen Mörder- und Geheimorganisations der Sozialisten und rechtsradikalen Kreise stattgefunden.

Seit Jahren streicht ein Verfahren gegen die Arbeiterorganisation Konrad. Daselbst Richter-Gericht, welches in greulichem Maß mit allen Mitteln der Polizeigewalt, der Spionagemethoden, Agentenkonstrukturen und der modernen Inquisition in den Untersuchungsgefängnissen einen riesenhaften Schandprozeß gegen die Mitglieder der kommunistischen Partei führt, Hunderte von Prozessen eingeleitet hat und Tausende von Angeklagten ins Zuchthaus führt und schicken will, findet keine Zeit, die Mordgesellen vom Schutze der Ebert-Republik zum Verhängnis zu führen. Ja, dieser Prozeß soll nach den neuesten Nachrichten an die bürgerliche Abgetrennt werden. Der Staatsgerichtshof ließ Erhardt entweichen. Er erhob keine Anklage gegen Hiltner, Kubendorff, Hoehner und wie die wilden Namen aus der glorreichen Hiltner'schen Wänsche alle heißen. Die Soch- und Landesverratoren vom Schutze der Ebert-Republik wurden von ihm nicht unter Anklage gestellt, sondern er behauptet ausdrücklich, wie im Falle Seifner, daß dieser weiter als Polizeioberst Dienst für die bayerische Republik zu leisten habe.

Der Führer des Kührner Bülles, der nürstliche Major von Bruchner, findet Gnade vor dem Staatsgerichtshof und erhält, trotzdem durch seine Wirtenschaft ungeheure Werte und Menschenleben vernichtet wurden, von einem bürgerlichen Gericht das Prädikat der ehrenhaften Begnadigung. So daß er jetzt in Göttingen als festungsgefangener ein unbeschwerliches Leben führen kann.

Die Justiz ist ein Stütz Staatsanwaltschaft. In den Händen der Staatsanwaltschaft ist die Justiz eine terroristische Waffe, die gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Die Mittel des Justizsystems sind Todesstrafe, Zuchthaus, Gefängnis, Schußhaft usw. Dieser Justizterror mietet in der deutschen Ebert-Republik schrankenlos gegen die vom Hunger gepeinigten und durch die politische Anklage und Unterdrückung zur Verzweiflung getriebenen Bevölkerung.

Seit Ende Mai 1924 bis zum heutigen Tage hat der Staatsgerichtshof nicht weniger als 35 Kommunisten und mit ihnen sympathisierenden Arbeiter zu der ungeheuerlichen Strafe von 236 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und Gefängnis und rund 35 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Urteil übertrifft das andere an Härte und Brutalität.

Die Kommunisten werden durchweg auf Grund des § 7 des Republikverfassungsgesetzes verurteilt. Die wenigen Justizprozesse blühen sich auf die Substratparagrafen 81 bis 86. Was ist dabei der Unterschied? Der Unterschied ist der, daß die Anklage auf Grund der §§ 81 bis 86 bei einer Betätigung festzustellen muß, während die Verurteilung auf Grund des Republikverfassungsgesetzes, selbst wenn das Gericht eine ehrliche Meinung vernehmen muß — und das muß sie bei allen politischen Prozessen vernehmen — nur Gefängnis und bei „schweren“ Fällen, Zuchthausstrafe vorseht.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik führt einen bewußten Verurteilungsprozeß gegen die kommunistische Partei Deutschlands. Auf diesem Wege will er die Rebellion der Arbeiterklasse niederschlagen. Seine Justiz ist eine ausgeputzte Wesselschneiderei in Auftrag der deutschen Schwermetallindustrie. Die mittelständischen und politischen Ziele dieser Kreise sollen dadurch schneller und gründlicher erreicht werden.

Aber die herrschende Klasse wird sich nicht scheuen, die historische Mission des Proletariats wird durch diesen Justizterror nicht aufrechterhalten werden. Noch immer hat die Geschichte bewiesen, daß der Terror der Ebert-Republik durch den unbedingten Willen der revolutionären Arbeiter niedergelassen wird.

Was ist aber jetzt zu tun? Nicht die Hand in der Tasche zur Faust halten, nein, die Empörung der breiten Massen muß in politische Tat umgesetzt werden. Es gilt, in aller Weisheit der breiten Massen der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft der bürgerlichen Justizbewältigung zu kämpfen. Es genügt nicht, daß die Reichstags- und Landtagsfraktion immer und immer wieder die Forderung der politischen Amnestie erheben und mit allen parlamentarischen Mitteln diese Forderung durchzusetzen versuchen. Noch kann sich die Sozialdemokratie im Reichstags erlauben, gegen die Amnestie der politischen proletarischen Gefangenen zu stimmen. Noch konnte sie durch Abstimmungsaktion ihrer Abgeordneten eine Amnestie verhindern.

Das war aber nur möglich, weil die kommunistische Partei Deutschlands es bis heute noch nicht verstanden hat, eine entschlossene planmäßige Kampagne gegen die Klassenjustiz und für die Amnestie zu führen.

Das muß endlich anders werden! Mobilisiert die Betriebe! Halte! Belegschaftsversammlungen! Schütze Arbeiterdelegations-

## Die bulgarische Mordpest

Wieder vier Arbeiterführer erschossen

(III.) Sofia, 15. September.

Auf den kommunistischen Abgeordneten Dimoff wurde ein Revolverattentat verübt. Dimoff war sofort tot. Der Mörder gehört einer Faschistenorganisation an.

(W.R.) Sofia, 15. September.

Die Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen mazedonischen Parteien, die letzten besonders an Schärfe zugenommen hatten, haben, wie bereits kurz gemeldet, zu einem blutigen Kampfe geführt, der neue Opfer gefordert hat. So wurden in Gorna Dzhumaja Alaco Rastitsch und Georgi Athanasoff ermordet, und in Sofia Stawitscho Komatichoff und der kommunistische Abgeordnete Hadzhimichoff. Die beiden ersten galten als Anhänger einer autonomen Mazedonien, während die beiden anderen der sogenannten Föderalistengruppe angehörten, die bolschewistische Tendenzen verfolgte. Die Urheber der beiden in Sofia verübten Morde sind verhaftet worden.

Der Terror der regierenden Mörder in Bulgarien ist maßlos. Die von der Regierung beherrschte bürgerliche Presse schwindelt über Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen mazedonischen Parteien, die zu den Mordtaten geführt haben sollen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Mazedonier, die letzte Schritte der bulgarischen Sozialregierung, auch von ihr abgefaßt sind, so daß die Regierung, mehr noch als bisher, mit Feuer und Schwert, mit Mord und Zuchthaus sich zu halten sucht.

Unter dem Vorwande der Maßnahmen gegen einen angeblich vorbereiteten „bolschewistischen Aufstand“, wobei die bezüglichen Akten der bulgarischen Regierung die Nachrichten von diesem „Aufstand“ und von der Gefährdung der russischen „Rotes“ im Auslande verbreiten, werden die wertvollsten Massenbestimmungen Gewalttaten ausgeübt und ihre Führer und Vertreter werden ermordet.

Die Regierung Jankoffs hat spezielle Straftrophen organisiert, die das Recht haben, jeden aktiven Kommunisten oder Bauernbündler zu verhaften, zu mazzettieren und sogar zu ermorden.

Im ganzen Lande sind neue Massenverhaftungen vorgenommen

worden und es werden Ermordungen vieler Bekanntheiten vorbereitet. Es ist bereits die Nachricht gekommen, daß

der Führer der Kommunisten in Samotol, Michail Dschin, am 13. 9. im heimlichstigen Zuge auf der Straße mazzettisch ermordet wurde.

Der Mörder ist natürlich nicht verhaftet, da der Mord von der terroristischen Organisation der Regierung selbst angeordnet ist. Die Sozialer Mordzentrale der Regierung leistet ihre Arbeit. Die Opfer — die besten Köpfe des bulgarischen Volkes — fallen nacheinander. Ueber Bulgarien ergeht sich eine Flut von Blut und Tränen, da eine Bande der Großkapitalisten, Bankiers und Schieber ihre durch den Umsturz im Vorjahre erlangte Staatsmacht mit Gewalt behaupten und die Früchte der Arbeit der Volksmassen und den Reichtum des Landes herabzuwalzen wollen.

Gegen den entsetzlichen Terror der Jankoff-Regierung erlöst das Reichsbüro der Arien Gewerkschaftsinternationale einen Aufruf, der das barbarische Verhalten der Regierung schärft, das Verhalten der kommunistischen Partei und der bulgarischen Gewerkschaften, die Einführung des Neuen- und Achtstundentages und alle die zahllosen Verbrechen im Arbeitsverhältnis, die die Kapitalisten nur mit Unterjochung der Regierung unternehmen konnten.

Diese hat über 1000 Volkskullektoren nur aus dem Grunde entlassen, weil sie Mitglieder der Arbeiterorganisation gewesen sind. Gleichzeitig werden Tausende Eisenbahn-, Post- und Telegraphenangehörige auf Mäster geworfen. Die Verfolgung der Arbeiter in Privatbetrieben nimmt überhaupt kein Ende. Die Lage der Arbeiter und Bauern in Bulgarien ist furchtbar. Trotzdem kämpfen sie mutig gegen die im Lande wütende Reaktion.

Die Erstlinge der RKS. mündet sich an die Arbeiter der ganzen Welt mit dem Ruf:

Arbeitergenossen, laßt eure mächtvolle Stimme des Protestes gegen das blutige Regime der bulgarischen Reaktionäre erschallen! Organisiert Versammlungen, Protestdemonstrationen! Verlangt, daß die Jankoff-Regierung ihre Bestatigungen einstellt! Organisiert die Gewährung materieller Hilfe an unsere gequälten bulgarischen Genossen!

Wieder mit dem Weizen Terror in Bulgarien! Saitet hoch das Banner der internationalen Solidarität des Proletariats!

Es leben die mannhaften Kämpfer um den Kommunismus, die bulgarischen Arbeiter!

## Schupplüberfall auf eine Volksversammlung

Berlin, 16. September.

In Lauterberg fand eine von der RSD. einberufene Volksversammlung mit dem Thema „Der Kampf um 7000 politischen Gefangenen“ statt. Neben drei Kandidaten waren ein Dutzend Schupplenteame erschienen.

Als der Referent die Tafel des feststellte, daß die Schupo in den verschiedenen Städten und bei den verschiedensten Anlässen blindlings auf die Arbeiterklasse lospörselt, fiel der Zwischenruf: „In Lauterberg auch.“ Die Schupoente reisten die Säule und eine Dorschleute zeigte ihnen den Zwischenruf. Sofort führten sich die Schupoente auf den Rufer und wollten ihn verhaften. Es war selbstverständlich, daß die Arbeiter erobert waren, trotzdem verließen sie sich äußerst diszipliniert.

Über die sich nach Heidentaten drängende Schupo konnte sich nicht beherzigen. Innerhalb weniger Minuten blühten unter der Menge die blauen Waffen und bald wurde die in rother Weisse daraufliegen gelassen. Die rote Fahne wurde in lange Fortgeführt, bis der Saal leer war. Nach draußen in der Dunkelheit wurden weiter Männer, Frauen und Mädchen mitgehändelt und geschlagen.

## Wer steht hinter den Bülleschen?

Eine interessante Entlarvung

Düsseldorf, 15. September.

Die Thesen der Nationalsozialisten gegen die Kapitalisten selbst ist entlarvt, die die „büllesche“ Bewegung finanzieren. Die „Kleinlich-Wirtschaftliche Zeitung“ bringt eine Beschreibung über „Das Volkstum von Hiltner“. Darin wünscht das großkapitalistische Blatt, es möge Hiltner, der die Beteiligung an den Parlamenten beklagt habe, gelingen, die Bewegung wieder in der alten Bahn vorwärts zu treiben, auf der sie allein zum Ziele geführt werden kann.

Als ob der „Bülleschen“ vom Parlamentarismus und Ausband bewaffneten Arbeiterbanden — das ist der Wunsch der Großkapitalisten, weil sie wissen, wie es von den „Bülleschen“ be- kämpft werden.

gationen zu den Gemeinde-, Landes- und Reichsbehörden! In allen Orten Deutschlands müssen Betriebsrats-Vollversammlungen ihren Abzug gegen die Justiz des Staatsgerichtshofes zum Ausbruch bringen und durch Beschläge auf die Spitzen aller Arbeiterorganisationen einwirken! Vollversammlungen müssen im ganzen Reich stattfinden, der Druck der Arbeiterklasse muß so stark werden, daß sich auch keine Organisation, die vorwärts, Arbeiterinteressen zu vertreten, leeren es schließt, sozialdemokratische oder rein wirtschaftliche, diesem Druck entziehen kann!

Der Kampf um die Amnestie der politischen proletarischen Gefangenen ist ein Stück Kampf um Macht. Er ist die Zentralaufgabe der deutschen Arbeiterklasse in der jetzigen innerlichen politischen Situation. Ohne Kraft und Mut muß dieser Kampf geführt werden. Es gilt, den Justizterror zu brechen! Es gilt, die mutigen Opfer der Kassenjustiz zu befreien!

Alle Kräfte aus Wert für den Kampf um die politische Amnestie!

## Ein bürgerlicher Richter zur Klassenjustiz

Berlin, 15. September.

Hier fand eine Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt, in der der Staatspräsident am Kammergericht in Berlin A. Freymuth sprach. Er wies auf den ungeheuren Unterschied in der Urteilsprechung der deutschen Justiz in den Substratparagrafen der letzten Jahre hin. Er stellte fest, daß gegen links in härtester Weise vorgegangen worden ist, während die Reaktionsäre ungestrast Mord und Hochverrat begehen konnten. Als Schlussforderung blieb Freymuth natürlich in politischen Fragen stehen. Interessant ist, daß trotz schriftlicher Einladung nur ein einziger Richter zur Versammlung erschienen war.

Der Justizfiskus ist in Deutschland so ungeheuerlich, daß 15 1/2 bürgerliche darauf aufmerksam werden. Das Leipziger Kultururteil gegen die Ebertfelder Kommunisten und der lächerliche Hiltner-Prozeß, das sind die beiden Pole des Betätigungsfeldes der deutschen „unparteilichen“ Justiz.

## Die Kriegenschildigung an Wilhelm Hohenzollern

Siehe Seite 8



# Brief des Genossen Sinowjew an die Schwedischen Kommunisten

Höglund ist also endgültig auf Seite der Sozialdemokratie und demzufolge auf Seite der Bourgeoisie hinübergegangen. Gegenwärtig wird dies für manche vielleicht wie eine Uebertreibung klingen, es ist aber leider abiot der Fall. ...

Schon seit drei, vier Jahren geht Höglund systematisch zurück vom Kommunismus zur Sozialdemokratie. Wir haben dies mit voller Klarheit gesehen. Und wenn wir trotzdem Höglund persönlich jugendlich machen und den Bruch jahrelang hinauschieben, so nur, weil wir die Verdienste Höglunds während der Kriegszeit gedenken.

Na, Höglund war ein schwedischer Arbeiter ergebener Mann. Während des Krieges führte er sich gut auf. ...

Höglund und Konforten spielen schon seit einigen Jahren eine objektive reaktionäre Rolle in der schwedischen Arbeiterbewegung. Sie hindern die Bildung einer wirklichen KP. ...

Genossen! Schwedische Kommunisten! Jetzt muß euerne Energie herabgesetzt werden. Höglund ist für die revolutionäre Arbeiterbewegung erledigt. Höglund ist ein Mann der Vergangenheit. ...

Jetzt wird die Jugend von neuem die ihr eigene, revolutionäre Energie entfalten müssen.

Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse wird natürlich Höglund volle Unterstützung angedeihen lassen. Ein Mann, der Verrat an der Kommunistischen Internationale begangen hat, muß notwendigerweise die Schwedische Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie als Höglund und Konforten werden. ...

Höglund und seine Genossenschaftsgenossen sind auf Seite der Sozialdemokratie hinübergefallen. Die Zahl der unglücklichen „Führer“ hat sich um einige verringert. ...

Moskau, den 31. August 1924.

G. Sinowjew.

# Tschangholins Einfall in Tschili vor entscheidenden Schlachten mit den Reichsregierungstruppen

Zufolgung hat ein Telegramm aus Wukien erhalten, das den Einfall Tschangholins in Tschili meldet. Die Invasion erfolgte am Sonntagmorgen. Die mandchurischen Truppen betreten Tschangjau, eine Stadt von 650 000 Einwohnern, etwa 32 Kilometer von der mandchurischen Grenze entfernt.

Peking, 15. September. Wupelun beabsichtigt, eine Konferenz mit den Reichsführern der Republik abzusätzen. Seine Abreise wird für heute morgen erwartet.

London, 15. September. Heuter berichtet, daß der Kreuzer „Tschuma“ nach Schanghai abgegangen ist, um dort die japanischen Interessen zu schützen.

Neuport, 15. September. Eine lobende eingetroffene, Sonntag, 1 Uhr morgens, datierte Meldung des Universal Service aus Schanghai besagt, im Norden der Provinz Tschili, nicht weit von der Großen Mauer entfernt, sei eine erbitterte Schlacht zwischen den Mandchuren-Armee und den Peking-Strikteristen im Gange. ...

# Ein interessantes Geständnis

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt den Räuberband, der jetzt in Genuf daran geht, sich mit der Frage des Waffenhandels zu befassen, auf den chinesischen Bürgerkrieg aufmerksam machen zu müssen, der ein schlagender Beweis für die gefährlichen Auswirkungen des Waffenhandels ist. Die Korpshäfte der regulären Armee und der Götinder betrage in China annähernd 600 000 Mann. Von diesen sei mindestens ein Drittel mit moderner Artillerie, Flugzeugen und dazugehörigen Bomben ausgerüstet. ...

# Unter der Regierung des „Demokraten“ Herriot

## Lohntämpfe des französischen Proletariats

(Eig. Drahtm.) Belgiers, 16. September. Die Transportarbeiter sind in den Streik getreten. Sie verlangen den achtstündigen Arbeitstag und einen Lohnezulaß von 30 Franken für Vollarbeiter und 25 Franken für Hilfsarbeiter.

(Eig. Drahtm.) Paris, 16. September. Die in den großen Juwelierunternehmungen beschäftigten Arbeiter legen wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen seitens der Ausbeuter die Arbeit nieder.

(Eig. Drahtm.) London, 16. September. Der Streik der Kellner in London ist beendet, da die Ausbeuter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 25 Cents bewilligt haben.

(Eig. Drahtm.) Paris, 16. September. Nach einem zehnwöchentlichen Kampf der Pariser Chauffeure sind gestern auch in Paris die Chauffeure in den Streik getreten und verlangen aus Grund der steigenden Lebenshaltungskosten eine Erhöhung von 4 Franken täglich.

(Eig. Drahtm.) Paris, 16. September. Gestern trat im Finanzministerium die vor einigen Wochen eingeleitete Kommission zur Revision der Beamtengehälter zusammen. Ausgehend von dem ungeheuren Defizit des Staatshaushaltes will man sich über den äußersten Minimalbetrag der Gehälter einigen.

(Eig. Drahtm.) Vortent, 16. September. Eine Anzahl Schiffahrtsgesellschaften haben den streikenden Seelente ihre Forderungen bewilligt. Die Seelente gingen auf die Schiffe, lebten aber die Wiederaufnahme der Arbeit ab, solange nicht allen Seelenten die Forderungen restlos bewilligt werden.

Franszösische Kriegsschiffe der Nordsee und der Kanalflotte (zwei Schlachtschiffe, zwölf Torpedobootszerörer und mehrere U-Boote) sind in Vortent eingetroffen, angeblich der Herbstmanöver wegen, in Wirklichkeit jedoch, um als Streikbrecher zu dienen. Als in einer Verhandlung die Unternehmer geringe Zugeständnisse machen wollten, lehnte die Streikleitung ein Eingehen auf die Forderungen der Unternehmer ab, solange nicht alle Forderungen restlos bewilligt werden.

Eine Vollversammlung aller Streikenden beschloß einstimmig die Fortsetzung des Streikes.

## herriot macht Razzia

(Eig. Drahtm.) Lyon, 16. September. In der vergangenen Woche veranfaßte auf Anordnung des Innenministeriums mehr als 200 Polizei- und Kriminalbeamte eine Jagd auf die fremden Elemente. Nach bewährten Polizeimethoden wurden unzählige Hausdurchsuchungen vorgenommen und alle Brutalitäten an den Mann gebracht. Im ganzen wurden mehr als 800 Personen festgesetzt. Die meisten wurden nach Feststellung der Periodikation wieder freigelassen. 20 wurden in Haft gehalten wegen verbotenen Waffenbesitzes, Landfriedens und Beregehens gegen das Fremdenrecht. Die Opfer dieser demokratischen Barbarei sind zum größten Teil erwerbslos ausländische Arbeiter.

## Französisches Militär nach Marokko

(Eig. Drahtm.) Paris, 16. September. Nach einer Meldung von bürgerlichen Zeitungen hat der Generalstab der französischen Armee in Marokko das Kriegsministerium ersucht, sofort Verfassungen nach Marokko zu senden, da der Rückzug der spanischen Armee aus Französisch-Marokko gefährde. Zwei eines Dementis des Kriegsministeriums halten die französischen bürgerlichen Zeitungen ihre Behauptung über die Anforderung und Absendung der Truppen nach Französisch-Marokko aufrecht. In Wirklichkeit sollen die Truppen zur Unterdrückung der Bewegung der französischen Kolonialisten, insbesondere der streikenden Saffenarbeiter dienen.

## Gegen die Rivera-Herriot'sche Heckerjustiz

Franszösische Arbeiter fürmen das spanische Konsulat und verprügeln den Konsul

(Eig. Drahtm.) Perpignan, 16. September. Nach einer öffentlichen Protestversammlung gegen die Auslieferung eines spanischen Arbeiters an die spanischen Behörden durch die Polizei der französischen Demokratie künden die Demonstranten das spanische Konsulat. Es kam zu einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei, in dessen Verlauf mehrere Arbeiter verhaftet und einige Verwundete an die Schwere verletzt wurden. Die Demonstranten protestieren darauf eine Sitzung der spanischen Konsulatsbehörde, verprügeln den Konsul und hielten im Hofe des Konsulats ein Meeting ab, in dem die sofortige Freilassung des ausgelieferten Arbeiters und seine Rücktransportierung nach Perpignan gefordert wurde.

# „Gnade für die georgischen Kapitalisten-Söldlinge!“

## Der Ruf der sozialdemokratischen Heuchler

Der sozialdemokratische Parteivorstand, der die Justizhausurteile des Landesrichters gegen Arbeiter und Soldaten billigt, der kein Wort des Protestes gegen die Beurteilung zu 7, 8 und 9 Jahren Zuchthaus erprob, der nach dem Königsberger Urteil im „Vorwärts“ schreiben ließ, daß das dem Urteil verziehen könne, dasselbe Kollegium fähig sich betruen, „im Namen der Menschlichkeit“ auf den Plan zu treten.

„Aber die sozialdemokratischen Parteivorstände protestieren nicht gegen die Terrorurteile der deutschen Klassenjustiz, sondern erhebt den Ruf: „Keine Gnade an Georgien.“ Was bedeutet dieser Ruf? Mit englischer Finanzierung, Ausrüstung und Bewaffnung sind russische Weisgelehrten in Georgien eingedrungen, spielen „Revolution“ und meckeln überkraft, wo sie momentan abwesend sind, die Sowjetregierungen mit ihren Helfern nieder. Und das zu dem einzigen Zweck, um aus Georgien und Aserbaidschan eine englische Kolonie zu machen und den russischen Arbeitern und Bauern die ergebnissen Petroleumquellen von Batu zu entreißen. Das Petroleu m, das der englische Imperialismus braucht, um im Kriegesfall sein Wasser- und Luftflotte mit Treibstoff zu versorgen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand erklärt, daß unter den Führern der pro-englischen Erhebung Sozialdemokraten mit „Reinheit des Charakters“ sich befinden. Inwob, lo rein wie Leinwand! Einwandfrei ist bemerken, daß die georgischen „Sozialisten“ die nicht wahr sind, lo bekannt zu werden, im Falle des Scheiterns auf den Plan zu treten, nichts anderes hind, als Kapitulationsknechte. Es ist klar, daß sich die russischen Arbeiter und Bauern nicht wehrlos die Petroleumgebiete entreißen lassen, daß die Sowjetunion sich verteidigt. Es wäre ein Verbrechen am Proletariat, wenn die Arbeiter- und Bauernregierung ohne Verteidigung ein Gebiet nach dem anderen preisgeben würde, wenn sie es zulassen würden, daß die Entente-Kapitalisten mit ihren gestauten Subjekten auf sowjetrussischem Gebiet ebenso hausen würden, wie sie mit ihren gestauten Subjekten in Deutschland hausen.

Aber der sozialdemokratische Parteivorstand wagt ja dem deutschen Arbeiter nicht mehr damit zu kommen, daß er Sowjet-Rußland die beweisene Abwehr verweigert, er will nur, daß jetzt nach ihrer Niederlage an den sowjetrussischen Führern keine Rücksicht geübt werde. Nämlich die sind für den SPD-Vorstand „Georgien!“

Demgegenüber sei festgestellt, daß Sowjet-Rußland das gerade Gegenteil einer Kapitulation ist und jetzt, nach der Beilegung jeder Gefahr, 75 führende Teilnehmer an dem menschenwürgel-englischen Abenteuer anerkannt hat.

Arbeiter, denkt daran, wie die Kasernen nach wochenlangem und entsetzlichen Kämpfen haufen! Da wurden Männer aus den Tschangholin angetreten, bevor dieser seinen Marsch nach dem Süden unternommen habe. Das interpellanteste hierbei sei nämlich der Umstand, daß während die Mandchurenarmee teilweise von einer Großmacht ausgerüstet und verproviantiert werde, die Pekingarmee durch zwei andere Mächte in ähnlicher Weise unterstützt werde.

Hier wird also offen zugegeben, daß in China sich abspielenden Kämpfe im wesentlichen durch die imperialistischen Mächte inszeniert sind und zwar auf Seite Tschanghuns und Wupeluns die Engländer und Amerikaner, während die Japaner die Armee Tschangholins unterstützen.

## Betriebsstilllegungen, Waffenentlastungen in der Türkei

Im Odrau-Karviner Bezirk haben sich die Verhältnisse im Bergbau und in der Schmelzindustrie stark verschlechtert. Die unzureichliche Menge aus dem Kohlenmarkt, der heute fast vollkommen ohne Absatz besteht, hat nun auch eine Betriebsstilllegung auf dem Kohlenmarkt in Goleos in der Nähe des Wladowitzer Steinwerkens herbeigeführt, die Kohnanfall auf dem Tcheresienstraße außer Betrieb zu setzen. Mehrere Fabriken haben die Produktionsarbeiten. Die Arbeiterzahl der Nordbetriebe soll zum Teil entlassen werden. Die Lage in der Erz- und Eisenindustrie ist ebenfalls verschlechtert, auf dem Wolowitzer Berg wurden 100 Arbeiter entlassen, mehrere Entlastungen werden für den 20. D. erwartet. Zu ähnlichen scharfen Maßnahmen haben sich auch die Oberbergbau-

Abteilungen geholt und ohne Erfolg erschossen, die Frauen blutig geschloßen, die wütenden die Sondergerichte montanisch. Denkt daran, daß in den Kerkern der Ober-Republik über 7000 sozialistische Arbeiter schmachten!

Warum verlangt der sozialdemokratische Parteivorstand die Einstellung einer gar nicht vorhandenen Rachejustiz in Sowjet-Rußland, während er in Deutschland die Laufenten von Opfern des Rachejustiz ruhig in den Kerkern schmachten läßt und keine Rachejustiz überhaupt noch ausdrücklich angewiesen hat, die Annette zu verhindern?

Warum entbehrt der sozialdemokratische Parteivorstand jetzt sein weiches Herz für Aufständische, obwohl er noch am 28. August im „Vorwärts“ erklären ließ:

„Die Kommunisten streuen nach Annette. Wenn sie ernstlich die Annette wollen, dann sollen sie aufröhen. Taten zu beachten, die in den Augen jedes rechtlich denkenden Menschen Straftaten sind. Sie sollen nicht mehr anrufen. Die Annette soll nicht auf Heckerjustiz auf Polizeimethoden verweisen, sie sollen nicht Rachejustiz sondern auf Waffenbesitz verzichten, sie sollen aufröhen, die Rechtsordnung, ohne die kein Gemeinwesen leben kann, immer wieder gewalttätig angreifen.“

D, der sozialdemokratische Parteivorstand weiß sehr wohl um die eigene Widersprüche. Er weiß sehr wohl, wie durch seine Erklärung alle deutschen Arbeiter auf die Lande geflohen werden, die heute von der Regierung, die von Betravern der Sozialdemokratie leitet, in den Zuchthäusern und Gefängnissen gehalten werden. Aber der sozialdemokratische Parteivorstand muß erst lügen und sich dann fälschlich entziehen, weil das seine kapitalistische Auftraggeber von ihm verlangen. Er hat einfach in jeder Sache Partei zu ergreifen für die kapitalistische Sache. Er muß für den Sieg der Kapitalisten kämpfen und die Sozialdemokratie leitet, in den Zuchthäusern und Gefängnissen gehalten werden. ...

Der sozialdemokratische Parteivorstand muß nachsehen, was ihm von London befohlen wird, er muß durch verlogene Schauer-geplänkel den Interventionskrieg gegen Sowjet-Rußland vorbereiten. ...

Aber die deutschen Arbeiter müssen diesen Heuchlern die Nase vom Gesicht reißen und das tun, was sie im Interesse der proletarischen Sache für notwendig halten. Es soll dem verlogenen SPD-Vorstand millionenstimmig entgegenkommen:

Fernau mit den proletarischen politischen Gefangenen aus den Zuchthäusern und Gefängnissen!

## Der belgische Bergarbeiterstreik

(Eig. Drahtm.) Was, 16. September. Morgen finden erneut Einigungsverhandlungen der gemäßigten Kommission statt. Trotz des Scheiterns der Reformisten ist es der Streikleitung gelungen, die Singabingung eines Delegierten zu den Verhandlungen durchzusetzen. Die Bergarbeiter Presse hat einen baldigen Abbruch des Kampfes in Aussicht. Nach einer Mitteilung der Streikleitung sind die Streikenden entschlossen, keinen Schritt zurückzuweichen.

## Streiks in Südafrika

Die Bauarbeiter in Südafrika sind in den Streik getreten, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Lokomotivführer und Setzer in den Goldminen haben den Versuch der Unternehmer, sie in Einzelgehaltsklassen einzuteilen und verschließen zu belohnen, zum Scheitern gebracht und die alte Einheit und Geschlossenheit bewahrt. Die Bergarbeiter haben eine Lohnerhöhung von 20 Prozent verlangt; die Unternehmer haben abgelehnt, mit der Bergarbeiter-Gemeinschaft zu verhandeln, da sie sie nicht anerkennen. Die Regierung versucht, den Streik der Bergarbeiter abzuwickeln.

# Genossen heraus!

Besucht die Mitglieder-Veranstaltungen. Stärkt die Kampagne gegen den Dawesplan!

Mitglieder-Veranstaltungen finden statt in:

### Saalkreis

**Döllitz, Wölkau:** Dienstag, 16. Sept., ab 8 Uhr, „Palmenbaum“.  
**Hohenstein, Landsberg:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Drei Schöner“.  
**Kamenberg:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, bei Träger.  
**Kamendorf:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Elstertal“.  
**Reuditz und Riesa:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Drei Wälder“.  
**Riesa:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Gesellschaftshaus“.  
**Döhlen, Riesa:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Dierliche.  
**Döhlen.**  
**Seeben, Gütenberg:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Gieseler.  
**Lützen:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Ewendorf.  
**Brandorf:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Gable.  
**Canena, Kleinl.:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.  
**Canena.**  
**Abelitz:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler“.  
**Spitzdorf:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof Spitzdorf.

### Kreis Naumburg

**Wittenburg:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Linde“.



### Ortsgruppe Halle

**Beckenlauffstraße.** Dienstag abends 8 Uhr in der „Krochotta“.  
**Cherchitz Str.** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, in der „Krochotta“.  
**Seebau.** Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.  
**Döllitz 3 und 4.** Donnerstag, abends 8 Uhr, in der „Krochotta“.  
**Döllitz 6.** Freitag, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.  
**Döllitz 17.** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, in der „Krochotta“.  
**Döllitz 18.** Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.  
**Döllitz 19.** Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.

### Kreis Bitterfeld

**Bitterfeld.** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Gartenstadt“.

## 5 Reklametage

Beginn Dienstag früh 8 Uhr

Mengenabgabe vorbehalten

Nehmen Sie die Gelegenheit wahr, denn die Preise können nur während der 5 Reklametage aufrecht erhalten werden

**34 führe nur einige Beispiele an:**

**Schürzen Kleiderhölzer**  
 für Frauen . . . 0.80  
 für Mädchen . . . 1.25  
 für Damen . . . 0.95  
 Chemise, doppelt . . . 1.25  
 Kost. Streifen . . . 1.20  
 Weisses Stoffe, mod. Muster . . . 1.60

**Strumpfwaren**  
 in Baumwolle, Doppelstr. nur 45,-  
 Ferner sehr billig:

**Kleider, Hülsen, Röcke, Sportjaden**

Sehen Sie meine Fenster!

**Adolf Kalmann**

**Weißenfels**  
 Große Burgstraße 10

**Stadt-Theater**  
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr  
 Fahrt nach Orplid  
 Donnerstag, 6 1/2, 11:  
 „Iris und Flobe“

**Damen- taschen**  
 in Leder, billig!  
 nur aus  
**Schmiedt. 19.**  
 Spezial-Geschäft.

Unik. spottbill. emp.  
 Holzschuhhandel.

**Rucksäcke**  
 für 270,-

**Radfahrer, Touristen, Wanderezer**

neu aufgenommen  
 billig bei

**Gummi-Weder**  
 v. Steinstraße 31  
 nahe Markt

## Veranstaltungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

**Ortsgruppe Halle**  
**Beckenlauffstr.** Dienstag, abends 8 Uhr, „Krochotta“-Saal.  
**Seebau.** Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.  
**Döllitz 3 und 4.** Donnerstag, abends 8 Uhr, in der „Krochotta“.  
**Döllitz 6.** Freitag, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.  
**Döllitz 17.** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, in der „Krochotta“.  
**Döllitz 18.** Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.  
**Döllitz 19.** Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Krochotta“-Saal.

**Saalkreis**  
**Kamendorf.** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, bei Träger.  
**Kamendorf.** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Träger.  
**Canena, Kleinl.** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.  
**Canena.**  
**Abelitz.** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.  
**Spitzdorf.** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.

**Kreis Naumburg**  
**Wittenburg.** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.

**Kreis Sangerhausen**  
**Wittenburg.** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.

**Kreis Zeitz**  
**Wittenburg.** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenzel.

## Roter Frontkämpfer-Bund

**Ortsgruppe Halle**  
 Freitag, den 19. September 1921, abends 7 1/2 Uhr,  
 im „Krochotta“-Saal (gr. Saal):  
**II. Werbe-Abend**  
 verbunden mit sportlichen Veranstaltungen  
 Mitwirkende: Sportklub 00 - „Krochotta“-Saal und andere  
 Sportvereine.  
 Der Reinertrag wird zum Besten des Tambourkorps des RFB. Halle verwendet  
 Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand

**Kreis Merseburg**  
**Dürrenberg und Tschichwitz:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Sonne“.  
**Reumart:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof Schumann.  
**Mücheln:** Donnerstag, 18. Sept., ab 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

**Kreis Weißenfels**  
**Graschwitz:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im „Sachsenhof“.  
**Wölkau:** Mittwoch, 17. Sept., ab 8 Uhr, im Gethhof Jacob, Gnädig.

**Kreis Sangerhausen**  
**Walditz:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Weimarer Hof“.  
**Walditz:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Krochotta“.  
**Walditz:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, im „Brunnen-  
 lädchen“.  
**Stollberg:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Bürgergarten“.  
**Oberdöllingen a. S.:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Zum  
 Sahnhof“.  
**Stahlfurth:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Gebhardt.

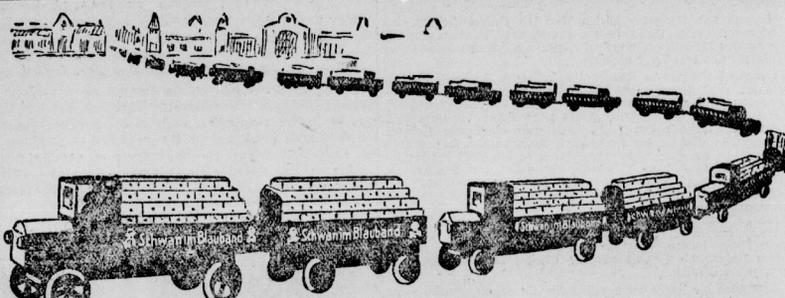
**Kreis Torgau**  
**Dommitzsch:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Königshaus“.  
**Torgau:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Waldschänke“.

**Kreis Bitterfeld**  
**Brehna:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, in der „Erfolgung“.  
**Wolkowitz:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, im Gethhof Wolkowitz.  
**Freiberg:** Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im „Stern“.  
**Freiberg:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im Gethhof.  
**Bitterfeld:** Donnerstag, 18. Sept., ab 8 Uhr, im „Bürgergarten“.

**Kreis Delitzsch**  
**Stahlfurth:** Mittwoch, 17. September, abends 8 Uhr, Gethhof Stahlfurth.

**Kreis Wittenberg**  
**Bitterfeld:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Schützenhaus“.  
**Wittenberg:** Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, bei Freudenberg.  
**Zeitz:** Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof.  
**Zeitz/Döhlen:** Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof.  
**Zeitz:** Sonnabend, 20. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof.  
**Schneeberg:** Sonnabend, 20. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof.  
**Zeitz:** Sonnabend, 20. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof.

**Kreis Liebenwerda**  
**Naundorf b. L.:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, Gethhof Naundorf.  
**Naundorf:** Dienstag, 16. Sept., ab 8 Uhr, Gethhof „Zur Sonne“.  
**Naundorf:** Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, Parteilokal.  
**Naundorf:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Parteilokal.  
**Naundorf:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Gethhof Wolkowitz.  
**Naundorf:** Mittwoch, 17. Sept., abends 8 1/2 Uhr, „Schützenhaus“.  
**Naundorf:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Gethhof „Zum g. Löwen“.  
**Naundorf:** Donnerstag, 18. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Gethhof.  
**Naundorf:** Donnerstag, 18. Sept., ab 8 1/2 Uhr, Gethhof.  
**Naundorf:** Donnerstag, 18. Sept., ab 8 1/2 Uhr, Gethhof.



# Unsere gewaltigen Erfolge

lassen die Konkurrenz nicht ruhen; sie sprechen am besten für die Güte unserer „Schwan im Blaубand“ und beweisen, dass wir mit ihrer Einführung einem tatsächlichen Bedürfnis entsprochen haben.

Achten Sie beim Einkauf auf die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ und lassen Sie sich nichts anderes als ebensogut verkaufen! Weisen Sie Nachahmungen zurück! Wir liefern nur in nebenstehender Packung.

Preis 50 Pf. das Halbpfund.



# Schwan im Blaубand

frisch gekirnt

## Annahme der Zuchtstaus-Geschäftsordnung im Stadtparlament

### Genosse Freund wieder in Sitzungssaal — Sozialdemokratische Kraftmeierei — Das Sittlichkeitszeugnis der Stadtverordneten — Schmund und Eintrocknen — Die Deutschnationalen gegen die Kriegsbeschädigten

Kun fien sie wieder beisammen und haben einander so lieb. Besonders weil die Opposition noch immer ausgeschaltet ist und man nicht viel zu befürchten hat. Aber die Herren vom Bürgerklub und die von der Einheitspartei haben, scheint es, doch noch eine ganze Menge zu fürchten, und so machen sie denn lange Gesichter, als unter Genosse Freund wieder in der Stadterordnetenversammlung auftaucht. Er war von 14 bis 11 Uhr in Kriegsbeschädigtenorganisationen der Stadt Halle beschäftigt worden, die Sitzung einen wichtigen Vortrag vorzulegen und ihn zu begründen und hatte seinen Willern gegenüber seine Pflicht zu erfüllen, an Herrn Bülke den Widerspruch der von ihm mit unterbreitender Erklärung geleistet. Die Art und Weise, mit welcher man ihn wieder im Plenum aufgenommen hat, war, er hat sich, er hat sich, wie man nunmehr in der Ansicht der Kommunisten auf die Dauer war. Herr Steinbrück hatte Johnstons, ließ verpöbeln herum und rebete ein Wort; die Herren Hübner und Minner, die beiden kommunistischen Demolitionen, konnten ihn nicht gedulden ausstehen und machten darauf in ihrer Tätigkeit für die Arbeiterklasse. Genosse die Sozialdemokraten wollten noch einmal die Herr Opposition spielen zu können und sich in der Rede gegen die amnestierten Kommunisten die Siegelsteine zu holen, die ihnen ja auch zweifellos gehört. Dafür waren sie um so höher dem Bürgerklub gegenüber, und ihre verächtliche anspruchsvolle Stellung, die Stadterordnetenversammlung anzuerkennen würde, ließ unangenehm. Man sprach zwar gegen die Rede, aber die Rede war nicht so sehr abgelehnt, daß die Zuchtstaus-Geschäftsordnung, wie sie vom Genossen Freund sehr richtig hergeleitet wurde, nach der sozialdemokratischen Ablehnung angenommen wurde. Da konnte man sich nicht so sehr freuen, dagegen zu sprechen und dagegen zu stimmen. Da konnte man sich nicht so sehr freuen, dieses Abwärtigen der Demolitionen, die darauf hinweisen, dem Genossen Freund nicht das Wort zu geben, unbedeutend zu lassen. Man würde nicht, was eigentlich von der Sozialdemokratie zu erwarten gewesen wäre, daß die Zuchtstaus treiben und den Bürgerklub unter sich lassen würde. Von letztem ein, wollte den Antrag nochmals an den Rechts- und Verfassungs-Ausschuß verweisen. Heimdänig-Müller von der SPD schaute nicht.

Wir werden uns auch durch diese Geschäftsordnung durchsetzen müssen. Der Rechts- und Verfassungs-Ausschuß hat von neuem zu dieser Frage Stellung nehmen. Bei diesem Sachverhältnis bedarf es nicht mehr einer Besetzung zu einer Besetzung kommen.

Was eine prinzipielle Ablehnung gibt es nicht bei der SPD. Man will sich prinzipiell, ein Sachverständigenausschuß, um zu bemerken, wie stark man ist. Aber die Bülke-Deute hatten das nicht nötig. Da sie sogar bestanden müssen, daß bei einer späteren Verhandlung dieses Antrages die verschiedenen Kommunisten wieder zugegen sein könnten, wurde er sofort durchgesetzt. Daher: Wertigkeit, Erfolg der Debatte und Annahme aller Paragraphen, von denen ein bürgerlicher Stadtverordneter selbst glaubt, daß sie Zuchtstaus-Paragrafen seien.

Die Sozialdemokraten finden sich im Kammern nicht recht genug. Der Antrag ist, der Sozialdemokraten, nicht für die Arbeiter, sondern als alle Zuchtstaus in Vollstreckung, heißt, sind die wichtigsten zu der Einheit gekommen, daß es ein großartiges Besetzung sein, nicht seine nach Stadterordnetenstellung, die man mit Mühe und Not behält, hat, aufs Ziel zu sehen.

Die „Besserung der Lebensbedingungen“ nach Annahme des Dames-Gutachten und der Beschlüsse über die höhere Fleischpreise. Die Demokraten wollen das Geleit der Inflation an die Wand, die Deutschnationalen schimpfen auf den Zwischenschuß (man hörte zwischen den Zeilen deutlich sagen: „Neben raus“), die Sozialdemokraten wollen keine andere Antwort als den Antrag, eine Lebensversicherung für die kriegsbeschädigten Arbeiter, wobei sie aber schamlos verschweigen, wie viel denn diese Erhöhung eigentlich betragen soll.

Sie müssen sich als „Marxisten“, die sie sein wollen, von den Bürgerlichen behaupten lassen, daß die Erhöhung der Löhne eine weitere Zerstörung der Wirtschaft und einen Beschleunigung der Revolution, daß die Löhne hier wohl und sehr weit erhöht werden müssen, daß aber außerdem noch viele andere Dinge zu tun sind, und zwar sofort zu tun sind, die es verhindern, daß eine Lebensversicherung von den Kapitalisten sofort Material gemacht wird. Es wurde jedoch nachher, was die Fleischpreise, den die Demokraten wünschen, und den sie auf diese Weise durchsetzen wollten. Ein fleischer vom Bürgerklub verriet die seinen Profit. Das war ein sehr brechesches Kapitel, und es ist bedauerlich, daß die Proleten es nicht selbst an den Händen konnten. Der „Rechtsdemokrat“ ließ sich nicht weiter, er ist sehr gering, redet er nur, was er an „Schmund“ und „Eintrocknen“ alles in seine Rede fließt, ist nicht zu erlauben.

Und während beim Bürgerklub Schmund und Eintrocknen zu verzeichnen ist, steht die Arbeiterfront mit ihren Bedrohungen und ihren Forderungen vor der Tür. Die Kriegsbeschädigten fordern ihr Recht, nichts weiter, als daß eine amtliche Attestate wieder hergestellt wird. Sämtliche Organisationen der Kriegsopfer bestimmen den Genossen Freund, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen. Er tut es, und durch die ausschlaggebende Stimme der Deutschnationalen wird die Dringlichkeit des Antrags nicht angetan. Der Dank des Vaterland, der Dank der Vaterlandsliebe, die Opfer werden nach Abwägung ihrer Stimme wissen, was sie zu tun haben. Und auch die häßliche Arbeiterfront weiß es. Man hat die Vertreter der Bourgeoisie eine Weile unter sich gelassen. Wir haben gesehen, wie sie unter sich das Spiel abwarten, bei dem die Vertreter immer die letzten Worte haben. Und nun ist es ganz offensichtlich. Man schloß ihnen endlich die Türliche aus der Hand. Es gilt den Arbeitern, Angestellten und Beamten die Folgen des Dames-Gutachten, die sich in den kleinlichen und lebensunwürdigen Dingen auswirken, zu erleichtern, es gilt zu propagieren das Sachverständigen-Gutachten der Arbeiter. Die Kommunisten werden die Friederichs, welche die durch Zuchtstaus-Paragrafen der Geschäftsordnung geschaffen werden soll. Herr Bülke soll nur gut aufpassen, daß er sich zurückzieht und alles ihnen verwallt, was beschließen worden ist. Und den Sozialdemokraten wird es noch herzlich lieb tun, daß sie es getrennt nach Abwägung haben kommen lassen.

### Die Zuchtstaus-Paragrafen in der Geschäftsordnung

Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung am 10. Juli 1924 beschließen, der Stadterordnetenversammlung folgende Änderungen der Geschäftsordnung vorzuschlagen. Zu diesen Änderungen ist gemäß § 48 der St.-O. die Zustimmung des Magistrats erforderlich.

1. § 13, Absatz 2, wird wie folgt geändert:  
Erzählt ein Stadterordneter, ein Kriegsbeschädigter oder einer ihrer Angehörigen über die Stadterordnung, einem deutschen Reichsgesetz oder einem preussischen Landesgesetz nicht unterworfen oder eines dieser Gesetze oder eine einzelne Bestimmung dieser Gesetze nicht als verbindlich anerkennen zu wollen, und verleiht er auf wiederholtes Betragen des

Beschlechters bei dieser Erklärung, so ist er, vorbehaltlich der Entscheidung des § 48 der Stadterordnung, durch den Beschleher mindestens bis auf Widerruf seines Mitgliedschafts von den Sitzungen der Versammlung auszuschließen.

2. § 22 wird wie folgt geändert:  
Der Beschleher ist ferner berechtigt, Ungleichheiten zu erheben und im Wiederholungsfall oder bei schwerem Verstoß gegen die Ordnung eines Stadterordneten aus der Ordnung zu setzen. Jede Ordnungsmäßigkeit ist in das Sängersprekatorium aufzunehmen.

Bei einer Ungleichheit nach erstem Ordnungsmäßig kann einem Redner das Wort entzogen werden.

Nach Erteilung von zwei Ordnungsmäßig in derselben Sitzung kann der Beschleher einen Stadterordneten bei weiteren Ungleichheiten von der Teilnahme an dieser Sitzung oder von der Teilnahme bis zu zehn weiteren Sitzungen vorbehaltlich der Stadterbestimmung des § 48 St.-O. auszuschließen. Der Ausschluß von mehreren Sitzungen soll nur in besonders schweren Fällen erfolgen.

Der zur Ordnung Erweise oder Ungleichheiten kann hiergegen schriftlich Beschwerde bei der Versammlung einlegen, welche darüber in der nächstfolgenden Sitzung ohne vorläufige Bestimmung entscheidet. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

3. § 4 erhält folgenden Absatz 4:  
Dem Beschleher steht das Recht und das Recht zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht nur im Sitzungssaal und auf den Tribünen zu, sondern auch in den für die Stadterordneten bestimmten Nebenräumen, sowie auf dem Flur und auf den Treppen, die zu den für die Stadterordneten bestimmten Räumen führen, bis unten zur Eingangs- und Ausgangstür.

4. § 22 wird wie folgt § 22a eingefügt:  
Die Entschluß in der Verwaltung eingehende Anträge, so kann der Beschleher die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aussetzen, kann für die Fortsetzung der Sitzung entscheiden, so beschließt er seinen Sitz. Hierdurch ist die Sitzung auf 1/2 Stunde unterbrochen.

5. § 14 erhält folgenden Satz 2:  
Nach kann er in diesen Fällen die Tribünen vollständig räumen lassen.

### Sitzungsbericht vom 15. September 1924

Nach Einführung des Stadtrats Mandatsfeld gibt der Stadtrats Bülke bekannt, daß die Genossen Kallan, Kuglsch, Busch und Götze als unbeschädigte Stadträte nicht beschlagnahmt worden. Er verliest folgende Erklärung des Genossen Freund:

„In der Stadterordnetenversammlung vom 16. Juni d. J. bin ich durch Sie bis auf weiteres von der Teilnahme von den Verhandlungen der Stadterordnetenversammlung ausgeschlossen worden.“

Mit Schreiben vom 21. Juni haben Sie mich aufgefordert, die Erklärung der kommunikativen Stadterordnetenversammlung, wegen der mein Anschluß erfolgte, schriftlich zu widerrufen.

Da ich mich habe, an den Verhandlungen der Stadterordneten wieder teilhaben zu dürfen, ist die Erklärung der kommunikativen Stadterordnetenversammlung vom 2. Juni.

Die Antwort auf diesen Brief möchte ich heute, Montag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Stadthaus entgegennehmen.“

Hierauf wird beauftragt, daß Freund wieder Zutritt zu den Sitzungen hat.

Genosse Freund stellt im Namen sämtlicher Kriegsbeschädigten-Organisationen folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Im Interesse der Kriegsopfer und hinterbliebenen ist es notwendig, daß die Stadterordnetenversammlung zu den letzten Beschlüssen beim Bürgerklub Stellung nimmt.“

Die Bürgerstellen für Kriegsbeschädigte und hinterbliebene sind nach Verfügung der beiden Herren, Stadtrat Dr. Wagn und Stadtrat Kallan, angelehnt worden. Dieses unangenehme Verhalten ist, das ich hiermit der Stadterordneten hervor, besonders weil durch die Bürgerstellenverordnung (§ 18) der Magistrat verpflichtet war, den Beirat bei Aufstellung von Grundbesitz und Rückstellungen zu hören.

Ich beantrage daher, die Bürgerstellen für Kriegsbeschädigte und hinterbliebene weiterhin wie früher bestehen zu lassen, bis die Ausführungsbestimmungen über die Bürgerstellen ergangen sind.“

Nachdem die Wahl der Mitglieder für den Verwaltungsausschuß der Volkshochschule, die Entwählung für Deputationen und Ausschüsse vorgenommen und ein fünfjähriger Beirat für die Baupolizei bestimmt worden war, wurde die

### Wänderung der Geschäftsordnung

betaten. Dr. Hirsch (Bürgerklub) gab in ein paar Worten den Inhalt wieder, ohne ihn weiter zu begründen. Er betonte, daß sich diese Maßnahmen nur gegen die Kommunisten richten und daß niemand sonst etwas von ihr zu befürchten hätte. Schmundburg (SPD) ist gegen die Annahme des Antrags. Er meint, eine Änderung der Geschäftsordnung ist nicht notwendig. Die schlagende Stelle, die sich als weiteres die Wichtigkeit zu aussprechen. Freund hat Zustimmung. Schmundburg hat sich nicht zu äußern. Sie sind im dem ist, um das zu entscheiden. Dann liest er eine Schimpfrede gegen die kommunistische Partei vom Stapel. Unter der Führung der Frau Grotte werden weiter nicht gemacht als Dummdreier. Er greift in persönlichster und schärfster Weise die Verleumdung des „Klassenkampfes“ an. Die Bürger stellen sich nicht auf, sondern sie haben sich und freuen sich, weil die Sozialdemokraten in ihrem Sinne gegen die revolutionäre Arbeiterfront von Leber ziehen. Schmundburg will zwar nicht erkennen, daß das Verhalten der bürgerlichen Fraktion erst das Verhalten der Kommunisten hervorgerufen hat, er nimmt es trotzdem zum Anlaß, wiederum die Kommunisten zu beleidern. So es Dem.; Herr Schmundburg hat sich schon an die richtige Stelle gemacht. Er hat sich nicht, sondern die Kommunisten, daß die Geschäftsordnung zu beschließen ist. Er bringt darauf weitere Zusätze zu dem Antrag ein, welche die Zuchtstaus-Paragrafen wesentlich verschärfen, von denen der eine den ausgeschlossenen Stadterordneten auch alle anderen Rechte, die Teilnahme an Ausschüssen und Deputationen, die Festhaltung der öffentlichen Gebäude, nicht enthält. Er hat besonders hervor, daß sich niemand zu fürchten braucht, eine Verbannung, die von Sozialdemokraten gemacht, im ganzen Verlauf der Debatte von den Bürgerlichen wiederholt. Das ist die Blaufärbung, die darauf beruht, daß es niemand als den Kommunisten an dem Antrag gegen soll.

Kürbs (USP): Es scheint jetzt Eitel geworden zu sein, daß man Verleumdungen, die sich in der Stadterordnetenversammlung hauptsächlich nicht vermeiden können, in der gemeintem Weise angreift. Es ist schon das meiste Maß, daß hier in der Stadterordnetenversammlung solche Angriffe an der Tagesordnung sind. Wenn Herr Schmundburg sich erlaubt hat, einen Kollegen für so dumm zu erklären, so würde ich mich nicht wundern, wenn das ein älterer erfahrener Mann gelagt hätte. Eine größere Schmeichelei ist in den Ausführungen von Schmundburg nicht im geringsten gekommen. Die Sozialdemokraten haben durch den Beschleher, daß Tribünen ausgesetzt werden sollen, zu allererst an der Verschärfung der Geschäftsordnung mitgewirkt. Zu dem Schriftsatz: Es ist interessant, mit welcher Frigidität der Rechts- und Verfassungsausschuß gearbeitet hat. An der Art, wie man überall persönliche Eingebungen und an dem Antrag herumgeflüchtelt, ist zu erkennen, daß es sich hier um Absolutarbeit handelt. Kürbs stellt den Antrag, zur besseren Verständlichkeit der Geschäftsordnung, daß am Jahresbeschluß jedes Stadterordneten ein Zeugnis über sein jüdisches Verhalten ausgestellt werden soll. Der Note § 13 der Geschäftsordnung ist ein Sanktionsparagraf. Es steht nur der Korporalstab, und Herr Bülke könnte seine Stadterordneten erklären lassen.

Müller (SPD) läßt seine Wort an den Kommunisten aus, und als Kürbs ihm zuerst: Heilmittel, sagt er: Ja, der Heilmittel sind sehr gut, man sollte sie nicht missen, was mich sehr freut. Zum Bürgerklub gewandt, spricht er von Weltanschauungen, die man der Rechten klar machen mußte. Im Verlauf der Aussprache entschied Bülke dem Stadterordneten Kürbs das Wort, und es folgt eine Abtötung des Kürbs durch den Beirat.

Genosse Freund gibt bekannt, daß er trotz wiederholten Meldens bei der Verteilung übergegangen worden sei und protestiert aus schärfster dagegen, daß man die kommunikativen Meinung unbedeutend.

Im Antwort betonte Dr. Hirsch, daß es sehr wohl eine Zuchtstausordnung sei, die man einführen sollte, damit wieder Ruhe und Ordnung ins Stadtparlament einziehe. Er macht den Sozialdemokraten klar, daß sie im Reichstag solche Anträge immer unternimmt haben. Die Stimmen des Bürgerklubs und der Arbeiter sind mit der Vänderungsantrag angenommen. Es folgt Beschlußfassung über eine Reihe von baulichen Veränderungen. Dann stellt die Debatte über einen demokratischen Antrag ein, in der zur Protokoll und Fleischpreisverordnung Stellung genommen wird. Der Demokrat Minner, der den Antrag begründet, gibt der Preisprüfungsstelle die Souveränität an der Preisprüfung. Minner will jedoch nicht auf die Ursachen dieser Zerstörung eingehen, sondern nur von der Wirkung reden. Seine Rede zielt darauf hin, die Preisprüfungsstelle aufzulösen. Von deutschnationaler Seite wird der Zwischenstunde als Liebel bei der Preisprüfung bezeichnet.

Genosse Freund erklärt, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise eine notwendige Folge der Annahme des Sachverständigen-Gutachten ist, und daß man dieses insofern bekämpfen müsse. Interessant ist die Kalkulation eines Bürgerklub-Schlichtermeisters, der zwar nur von einem ganz geringen Preisverhöhen, auf dem aber ein gewisses Maß an Ertrag zu erwarten ist, und die „Eintrocknen“ des Fleisches spricht. Da der Großhändler die meisten Preiserhöhung abseht, ist schon der Beweis für die Fleischpreiserhöhung um 50 Prozent erbracht.

Stadterordneter Kürbs gibt bekannt, daß sich die Fleischpreise nach den Beschlüssen richten, daß durch die Souveränität der Preisprüfung die Zerstörung einleitet, und daß die Preisprüfungsstelle als solche sich an die gesetzlichen Bestimmungen, die ihr sehr beschränkte Rechte geben, halten muß. Die Sozialdemokraten empfinden als Genossenschaft eine Lebensversicherung, mit der sie sich abdecken wollen, und müssen sich nun redig lassen, daß sie durch eine Infektion hervorgerufen würden. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten keine Preisobergrenze fordern, die neben der Lebensversicherung selbstverständlich notwendig ist.

Genossenschaft der Sitzung wurde über die Frage der Dringlichkeit des Antrags entschieden. Der Antrag wurde angenommen. Die nationale Kommission gegen die Dringlichkeit und Semeln damit, wie weit ihre „waterländischen“ Gefühle für die Kriegsopfer gehen. Die Kriegsbeschädigten aller Organisationen werden, nachdem der Antrag abgelehnt worden ist, andere Maßnahmen ergreifen und vor allem die Dringlichkeit erklären, wie die Bourgeoisie diesen Armeen der Armen auch noch das Letzte nimmt.

### Dubiel verlangt Zeugen

Vor ein paar Tagen trat Herr Dubiel an uns heran mit der Bitte, ihm Zeugen zu nennen, welche bei den Vorfällen, wie sie unter „Häßliche Polizeimethoden“ im „Klassenkampf“ geschildert waren, zugegen gewesen sind. Wir geben sie ihm hiermit schriftlich bekannt und lassen natürlich die Veröffentlichung der Begebenheit folgen. Es ergibt sich hieraus, deutlicher als aus dem ersten allgemeinen Stimmungsbild, wie die Schupo ihre „Wirtschaft“ tut und was sie darunter versteht.

Mit mehreren Kollegen war ich auf dem Wege, um uns das Geschehene anzusehen. Wegen meiner Besetzung war ich dem Bürgerklub sowie Stadtratsmann. Ich ließ mich auf dem Bürgerklub. Ein Dieb wurde angeklagt und so ging es bis zum Schloßberg. Die Kollegen waren im Begriff sich zu verabschieden, als die Personalien des Mannes, der den Diebstahl begangen hatte, bekannt wurden. Ich sah mich gezwungen, gerade mich als Zeuge zu bezeichnen, da ich ja noch einmal mitgehen habe, das mache ich als Antwort: „Ich bin hinter Ohren gegangen.“ Ich dachte ich darauf aufmerksam, daß er ja von der anderen Seite gekommen sei, worauf er bemerkte: Er habe an der Ecke Bülkestraße gelassen. Als die anderen erklärten, ich sei nicht der Zeuge gewesen und als Zeugen mitgehen wollen, bekamen wir als Antwort: „Sie brauchen nicht, nur der Zeuge kommen mit.“ Trotzdem kamen alle mit. Ich dem Magistrat forderte die anderen auf, nicht mit in die Wache zu gehen und erklärte uns der Beamte: Die Leute können als Zeugen mitkommen, wegen des Singens gibt es doch keine Anzeige.“ In der Wache habe ich erfahren, wie dann eine Heberzugsfirma, man erklärte uns, wegen geschlossenen verbotenen ist, magus seien wir verhaftet. Wir waren entsetzt. Man verlangte die Personalien. Als man die Namen der Kollegen erfuhr, daß einer heißt, Mein Bruder, der mit dem Arbeiter Dames-Gutachten an Schloßberg gelassen hatte und mit als Zeuge gekommen war, gab an, nur als Zeuge da zu sein. Der leitende Wacheleiter erklärte, als ich dies beauftragte: „Sie können nicht deswegen, die Personalien sind nicht wichtig, das ist nicht, was den Beamten ärgerte. Man halten! Ich habe nicht, was den Beamten ärgerte. Als wir fertig waren und die Wache verlassen hatten, fragte ich den Beamten, ob denn zehn Mann ein geschlossener Umzug sei und bekam zur Antwort: Bei mir sind es fünf.“

Zu Hause angefragt, sprachen wir mit mehreren Frauen, die auf der Straße standen. Räum hatten wir ein paar Worte gesprochen.

Abtötung! Heute abend 8 Uhr findet im „Volkspark“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundes der Freunde der ZWS, statt.

Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, zu dieser Versammlung unbedingt zu erscheinen. Mögliche Anwesenheit ist in der Tagesordnung: 1. Organisationsfrage und propagandistische Maßnahmen betreffs der Arbeiterbewegung. 2. Bundesgesetz für Mitteldeutschland. 3. Verbleibendes.

Band der Freunde der ZWS, Ortsgruppe Halle.



# Aus den Betrieben und Werkstätten

Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige wirklich historische Recht, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen, Westenburg eingeschlossen. Friedrich Engels.



Auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der bürgerlichen Ordnung ist der Imperialismus die kapitalistische Wirklichkeit, der Kapitalismus die letzte kapitalistische Ideologie. Clara Zetkin.

## Die Formen der Organisation

In der „Humanität“ vom 22. Juli 1924 beschäftigt sich der Genosse Gabriel Sauvage mit den Verhältnissen des 3. Kongresses zu der Geliebten in Frankreich. Der Verfasser legt, daß auch die französischen Genossen mit größter Energie die Umstellung durchzuführen.

Verbindung der Zellen untereinander: Wie die Betriebszelle so müssen auch die Straßenzellen eine Leitung von drei bis fünf Mitgliedern wählen. Die Wahl geschieht durch die Gesamtversammlung der Zelle. Auch hier, wie bei den Betriebszellen verteilt die Leitung die Arbeit an jedes Zellenmitglied.

Wir müssen aber sofort feststellen: wenn die Betriebszellen zahlreich und hart genug sind, werden die Straßenzellen vollständig überflüssig und jene Parteimitglieder, die nicht in den Betrieben arbeiten, diesen ungenützlich. Außerdem kann keine Rede davon sein, daß die Betriebszellen und die Straßenzellen die beiden Grundlagen der Partei sind. Nur die Betriebszelle ist die Grundlage der Partei.

Das Schwergewicht bleibt nach wie vor in der Betriebszelle. Zukunftsentscheidungen können wir legen, daß die Straßenzellen nur provisorische Organe während der Ubergangsperiode der Reorganisation der Partei sind.

Die Grundform der Organisation: In den weniger wichtigen industriellen Zentren, in Kleinstädten und Dörfern, dort, wo die Arbeiter neben dem Betrieb, in dem sie arbeiten, wohnen, werden homogene Betriebszellen gebildet (Arbeiter des Betriebes und Gewerkschaften, die dort wohnen) und das möglichst in unmittelbarer Nähe des Betriebes.

In den Großstädten und in mittleren Städten werden Betriebszellen und Straßenzellen gebildet. Diese werden auf jenen Grundlagen, wie wir sie in den vorhergehenden Artikeln angaben, gegründet. In den großen Industriezentren jedoch, wo nur wenige Kommunisten in den Betrieben arbeiten, wo die Mehrheit der Mitglieder der Partei Arbeiter sind, dort werden überhaupt keine Straßenzellen gebildet. In den Großstädten, wo die Straßenzellen und Betriebszellen zahlreich sind, werden sie straßenblockweise zusammengefaßt. In den Großstädten werden mehrere Straßenzellen (Gruppe, Abteilung, Bezirk) zusammengefaßt. Mehrere solcher Blöcke bilden einen Kanton (Distrikt). Alle Kantons einer Großstadt bilden zusammen die Stadtorganisation. Die Quartiere werden nach ihrer geographischen Ausdehnung bestimmt von den Kantons. Die Kantons sollen bemüht sein, die nach den großen Betrieben und Straßenzellen und der Straßenzellen bildet die Gesamtheit der Betriebszellen und der Straßenzellen die Stadtorganisation. In den Kleinstädten und Dörfern bilden die Ortsgruppen. Die Organisationen der Mittelstädte und die Ortsgruppen der Kleinstädte und Dörfer schließen sich zu Kantons (Arbeitskreise, Unterbezirke) zusammen. Die Komitees der Quartiere oder der Ortsgruppen, je nach den Verhältnissen und den Notwendigkeiten des betreffenden Orts, rufen regelmäßig die Generalsammlung aller Betriebszellen und Straßenzellen ihres Quartiers bzw. ihrer Ortsgruppe zusammen.

An der Spitze der Ortsgruppe oder des Quartiers steht eine Leitung von drei bis fünf Mitgliedern, die von der Gesamtsammlung aller Mitglieder der Ortsgruppe oder des Quartiers gewählt werden und von einer Delegiertenversammlung, je nach den lokalen Verhältnissen. In der Abwesenheit des Vorsitzenden wird der Vorsitzende des Quartiers und der Ortsgruppe von der Gesamtsammlung beauftragt. In der Spitze des Kantons befindet sich das Kantonskomitee, das von der Kantonskonferenz gewählt werden soll. Die Versammlung der Quartiere und der Ortsgruppen, die Kantonskonferenzen, sollen sich zusammen aus den Vertretern der Zellen proportional nach der Zahl ihrer Mitglieder, aber berats, daß die Majorität den Betriebszellen angehört. Die Form der Vertretung wird für jede Zelle vom Kantonskomitee bestimmt.

Wenn auf Grund des illenalen Zustandes eine große Vertretung bei Konferenzen unmöglich ist, kann man davon absehen, die Delegierten direkt von der Zelle zu wählen, sondern durch Verlesammlungen von Delegierten der Quartiere und der Gruppen kann das geschehen.

Die Stadtkomitees in den großen Städten werden von der Stadtversammlung gewählt die sich aus den Kantonsdelegierten zusammensetzt und diese sind gewählt von der Kantonskonferenz, entsprechend der Zahl jedes Kantons.

In jenen Großstädten, die zu gleicher Zeit Bezirkszentrale sind, wird keine Stadtleitung gewählt. Die Bezirkszentrale, die aus den Delegierten der Stadttruppen und des Bezirks besteht, wählt ein Bezirkskomitee, das zu gleicher Zeit die Funktionen der bestehenden Stadt ausübt. Zum Beispiel die Bezirksleitung der Seine ist zu gleicher Zeit Stadtkomitee von Paris; die Bezirksleitung des Nordens zu gleicher Zeit Stadtkomitee von Lille und die Bezirksleitung von Rhône ist gleichzeitig Stadtleitung von Lyon usw.

Um den Einfluß der Betriebszellen sowohl in den Leitungen der Quartiere wie der Kantons zu verstärken, muß mehr als die Hälfte der Mitglieder den Betriebszellen entnommen werden. Die Stadtkomitees müssen eine bestimmte Zahl von Genossen enthalten, die noch im Betriebe arbeiten.

Das ist, was die Internationale verlangt, was wir als Basis der Reorganisation unserer Partei annehmen sollen. Es verlangt von uns, daß wir diese Reorganisation durchzuführen nach dem ernstlichen Studium der Frage und indem wir mit den Großbetrieben beginnen. Das geschieht sich in erster Linie auf das Zentrum, das für verantwortlich ist, hinter aber in keiner Weise unsere Mitglieder, die Initiative dort zu ergreifen, wo sie sich gerade befinden. („Humanität“, 22. Juli 1924.)

## Die Hungerlöhne bei der Straßenbahn

Am Dienstag, dem 9. September hat das Regional der hiesigen Straßenbahn in zwei Betriebsversammlungen, eingehend in der Lohnverhandlung Stellung genommen. Nach einem Bericht des Kollegen Schumann wurde von den Kollegen in der Diskussion energisch Protest gegen die Preissteigerungsmaßnahme eingeleitet. Die Versammlungen waren sich einig darüber, daß jetzt, nachdem ein dauerndes Steigen der Preise zu verzeichnen ist, mit aller Macht und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen dieses Treiben des Arbeitgeberverbandes Stellung genommen werden muß.

Seitens der Gewerkschaft wurde einmütig angenommen: „Die am 9. September 1924 im „Volkspost“ tagenden Verhandlungen des Fahrpersonals der Straßenbahn nehmen Kenntnis von der offensichtlich Sabotage der Verhandlungen durch

den Arbeitgeberverband und erheben scharfen Protest. Die Versammlungen verlangen sofortige Verhandlungen und Bewilligung ihrer berechtigten Forderungen. Sollte der Arbeitgeberverband nicht sofort Verhandlungen stattfinden lassen, sind die Kollegen gemäß ihrer Forderung mit dem letzten Mittel zu erzwingen. Die Gewerkschaften werden beauftragt, diese Beschlüsse dem Magistrat zu übermitteln, um noch in letzter Minute die Möglichkeit zur Verständigung zu geben.“

Die Vertreter der Organisation wurden beauftragt, sofort alle nötigen Vorbereitungen zu treffen, um gegebenenfalls den letzten Schritt tun zu können. Weiter waren sich die Versammlungen einig, daß jetzt ein jeder an die Arbeit gehen muß, um den letzten Mann der gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuführen. Mit diesem Ergebnis wurden die beiden sehr hart beachteten Versammlungen geschlossen.

Arbeiter, nimmst an die Arbeit, damit auch die Straßenbahner Geldes sich menschenwürdige Löhne erringen können!

„Das kapitalistische Gutachten: Dem deutschen Proleten geht es noch zu gut! Er kann noch mehr Steuern zahlen!“



...und die können keine Steuern zahlen!



## Ein netter Betriebsrat

Der SPD-Betriebsrat der Grömminger Papierfabrik hat Wagnern, die bestehen, daß er sich nicht als Vertrauensmann der Arbeiterhaftigkeit, sondern als Helfer der Arbeiterhaftigkeit, der sich für die Interessen der Arbeiter einsetzt, bewußt das zur Genüge. Ein jugendlicher Arbeiter will sich b. a. d. n. Da kommt der Betriebsrat dazu und bespricht den Arbeiter mit kaltem Wasser. Der jugendliche Arbeiter läßt sich dies nicht gefallen und kündigt den Betriebsrat wieder. Darauf ergreift der Betriebsrat ein Gefäß und mit demselben nach dem Arbeiter werfen. Nach kurzem Bestimmen geht er hin und schlägt den Arbeiter mehrmals gegen den Kopf. Als in der Beschlusseigenschaft in der letzten Wochung wegen „Arbeitsmangels“ nach und nach auf das Straßenzentrum geworfen, d. h. in der Hauptstadt diejenigen, die die Verhältnisse los sein wollen. Man vertritt hier ausgesprochen Unterliegendes zu machen. Da ist j. B. der hiesige Betriebsratsobmann Paul Bachmann, der schon tagelang im Betriebe herumläuft und nichts zu tun hat. Bachmann ist bei Arbeit nicht auf dem Anstande geblieben, sondern im Gegenteil, er hat bei dem Anstand — dem Juden Selbstmord — eine die Nummer. Sehr häufig läßt Herr Selbstmord sich leistunglich in ein Gespräch mit Bachmann ein, in dessen Verlauf er ihm Finger anzu. Ichent. Bachmann ist nicht allein bei den Wöllischen der Arbeiter, sondern auch bei der Fabrikgruppe des Stahlhelms. Bei seinen Arbeitskollegen heißt er sich damit, daß er einen Stahlhelmsport über seinem Bett hängen hat und daß er sich prinzipiell nur im Stahlhelm fotografieren läßt. Sein intimes Verhältnis mit dem Juden Selbstmord ist gewiß eine neue Methode der Wöllischen, um die jüdischen Dalschneider zu erlebigen. Dieser behauptet, der Betriebsrat „Arbeitsverweigerer“ schneidet sich der Betrieb nach dadurch aus, daß die Verhältnisse in seinen Platen ihren sauer verdienten Lohn erhält. Was paar Tage muß die Verhältnisse antreten, um über 3 Mark oder 4 Mark empfangenen Lohn zu quittieren.

Manlich ist die Organisation kaum vertreten, sonst wären solche Zustände nicht möglich gewesen. Die Verhältnisse in seinen beschäftigten Arbeiter recht bald in Deutschen Metallarbeiterverband zusammen, erst dann ist es möglich, diesem wöllischen Judenlieblich ein wenig auf die Finger zu klopfen, wie auch die Verhältnisse im Betriebe zu befechtigen.

## Die Arbeiter sollen tanzen!

So dachten wohl die Inhaber der Firma Krüger & Klee in Hohenleipzig, die am 6. September für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen einen Ball veranstalteten, damit diese ihre ständige Lage verbessern könnten. Die Unternehmer wollten sich damit wohl auch bei der Verhältnisse „einbringen“, um diese dann desto mehr ausbeuten zu können. Die Entlohnung bei dieser Firma ist inwiefern recht miserabel. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen richtig beschuldigt würden, wie es sich gehört, dann würden die Unternehmer wohl keine Ball veranstalten. Die Verhältnisse sind mehr als kümmerlich zu sein und ihre Stahlhelms Ausbeuter unter sich allein lassen. Mögen diese künftig auf ihrem Ball allein tanzen.

## Was von den Arbeitern alles verlangt wird

Auf dem Messingwerk bei Seiffhitz wird größtenteils K u r z a r b e i t geleistet. Daß bei dieser Gelegenheit die Löhne der Arbeiter nicht einmal für die notwendigen Lebensmittel ausreicht, dann verlangen diese Herren, die natürlich an einem Tage mehr Lohn erhalten als der Prolet die ganze Woche und seine Sachen schmugig machen, daß diese ihre Not nicht durch die schmugige und zerrissene Kleidung zum Ausdruck bringen. In das den Leuten etwas peinlich? Dann lasse man dafür, daß höher, als es nun im Lohne gezahlt werden, dann können die Arbeiter sich auch besser kleiden.

Arbeiter, an den niedrigen Löhnen seid Ihr zum Teil selbst mit schuld! Schließt Euch zusammen und er kämpft Euch eure Rechte! Mit den Wühlkäsen auf dem Messingwerk muß nun endlich einmal aufgeräumt werden!

## Mißstände auf dem Uraumbetrieb Volpert bei Leuznern

Da heißt es nur noch: Arbeiter und nicht essen! So j. B. weiß auf den Rippen überhaupt niemand mehr, wann Frühstück und wann Mittag ist. Da ist es so weit, daß die ausbeutenden Proletarier das Frühstück während der Arbeit verzehren müssen, damit sie nicht mit Hunger umkommen. Der Mittagessen wird auch erlassen, ehe sie aus Essen denken können. Die Eigentümer (Agrarier) fordern manchmal bis 12 Uhr, ehe sie wieder nach Hause können zu ihrer Arbeit und ihren Kindern. Die Herren Oberleiter und Sachmeister haben natürlich ihre zwei Stunden Mittag, die Arbeiter nur immer: Nur Arbeit kann uns retten! Wenn sich die stillenbehalten Arbeiter über die Zustände empören, drohen sie mit Entlassung. Dieser Tage war bei der Tagesfeier ein Zug die Spitze heruntergefallen. Da tam der Sachmeister Spill a und sagte:

Heute darf niemand nach Hause, bis wir fertig sind! Wer doch geht, ist entlassen!

Und als 1/2 Uhr die Nachsichtiger kamen, wurden diese gleich wieder nach Hause geschickt.

Die Kumpels von der Tagesfeier, die schon 12 Stunden gearbeitet hatten, mußten noch bis ebenfalls 10 Uhr schlafen!

Wils haben sie nicht zwölf, sondern sechzehn Stunden gearbeitet, während die Nachsichtiger eine Festschicht machen mußte!

Wir fragen die Verhältnisse von der Vermahlung, ob es bei ihnen noch richtig um Arbeit ist, oder haben sie eine Freude daran, die Kumpels schlafen zu lassen, bis sie umfallen?

Das Pagger- und Maschinenpersonal muß am Sonntag 10 bis 24 Stunden arbeiten. Ein berühmter Ueberstunden-Pagerführer ist Hermann Volpert; dieser arbeitet von Sonnabend mittags bis Sonntag abend 12 Uhr. Wenn der Maschinenmeister sagt, daß andere Arbeiter nicht schlafen sollen, dann darf er nicht schlafen fertig! Dieser Tage war auf der Rippe ein Dieb, latter Herr. Er hatte die Rippe kein Frühstück und kein Mittag machen lassen, so daß sie zwölf Stunden ohne Ruhepausen schlafen mußten.

Arbeiter! Zucht Euch dies nicht mehr gefallen! Macht Euer Frühstück und eine Stunde Mittag, hebt Solidarität mit den arbeitenden Kämpen um eure Rechte! Kommt auf mit solchen Zuständen!

## Ein Dorado für Arbeiter

Ein Betrieb mit allen möglichen Freiheiten ist die Tongrube „Mörens“, Grana bei Zell. Dort haben die Proleten neben den „häßlichsten“ Freiheiten der Republik, auch noch vorzügliche andere häßliche Freiheiten. Zum Beispiel hat man die Tariffreiheit, d. h. ein Tarif besteht wohl, nur braucht man nicht den Lohn zu verdienen, der darin festgelegt ist. Löhne von 12 Mark pro Woche für Verarbeitete sind keine Seltenheit. Vor einigen Wochen wollte man anheben einen neuen Tarif aufstellen, wobei die Arbeiter, welche die ganze Woche lang gearbeitet hatten, bekamen freitag ganze 6,50 Mark in die Hand gedrückt. Dagegen zu murren ist aber auch nicht erlaubt. Schließlich waren die Herren Direktoren doch zu der Einsicht gekommen, daß bei einem Lohn von 6,50 Mark auch der am niedrigsten lebende Arbeiter in der ganzen Woche mehrere Vorteile abwerben kann. Stromlohn gab man noch 6,50 Mark. Vorhand, der natürlich wieder abgezogen wird. Dann haben die Proleten auch noch die Freiheit, sich von einem Vorarbeiter, welcher aber genau lo schlafen muß je jeder andere, sich abkochen Lebensmitteln an den Kopf schmeißen zu lassen. Ausdrücke wie: „Ich hau' Dich mit der Gade vor die Wange“, „Ich hau' Euch in die Presse“ und dergleichen Ausdrücke wird man bei der Tagesordnung. Sein liebster Ausdruck ist aber: „Wer sich nicht regt, der liegt.“ Vielleicht liegt dieser Mensch aber auch selbst einmal.

Streit wird von den Arbeitern nicht eingeleitet. Weigert sich einer, so droht man damit, die Reinigung durch einen Vorarbeiter vorzunehmen zu lassen, die entstehenden Kosten aber dem betreffenden Arbeiter zum Lohn abzusuchen. Kommen mal Arbeiter vor, welche nicht im Urtod zu verurteilen sind, so werden die Arbeiter einen Arbeitstag umsonst machen lassen, indem man ihnen ein Loch nur einen Teil der verwendeten Zeit bezahlt. Auch würde es für die Gemeindepolizei angebracht, sich diesen Arbeitern einmal eingehend zu betrauen. Schlußbestimmungen werden lo gut wie gar nicht beachtet. Ein beliebiger Ausbruch der Betriebskassen Arbeit ist nicht möglich war, bei 12 Mark. Verdienst pro Woche auch nicht lo gut bezahlen. Hat der Arbeiter einen aber mal irgend eine Veranlassung, so flucht das Bier in Strömen. Da fragt man nicht mehr, ob der Betrieb etwas einbringend oder nicht. Aber auch der Verhältnisse können wir nur sagen: Dehnt Eure Freiheiten nicht mehr aus, indem Ihr Euch überhaupt nicht um die Gemeindepolizei kümmert. Einmal in diese, denn nur wenn Ihr organisiert seid, könnt Ihr eure Lage bessern.

Bezeichnend für die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber diesem Betrieb ist folgender Vorfall: Hatte doch kürzlich ein Arbeiter diesem Dorado freiwillig den Rücken gefehert, weil es ihm nicht mehr ertragen werden konnte, so wurde er von den Sozialdemokraten weiter arbeiten zu lassen. Man hatten aber auch die Arbeiter der Gemeinde Grana beauftragt, daß die Gemeinde ihnen eine Wirtschaftsschlichte zahlen soll. Bei der Beratung dieses Antrages wurde die Gemeindevorstellung regten die Sozialdemokraten an, die Wirtschaftsschlichte nicht lo hoch zu bewilligen wie den anderen Arbeitern. Auf diese Art und Weise unterstützt also die SPD. noch den Kapitalismus!

# Die Kriegsentfchädigung an Wilhelm Hohenzollern.

Von Thomas Münzer.

Wilhelm der Bahnsinnige fordert und erhält von den preußischen Koalitionsregierungen Reparationen, Sanktionen und Abfindungen. — Nach Amerongen wurden ihm bereits geschickt über 32 Millionen Goldmark, über 80 Möbelwagen mit Gold, Silber, Edelsteinen, kostbarstem Geschirr, Möbeln, Teppichen usw. — Seit dem 1. Januar 1924 erhält er jeden Monat 50 000 Goldmark!

Soweit sind wir! Am Jahre VI der glorreichen deutschen Revolution. Der dabonolantene Hauptkriegsverbrecher, der allmächtige Herrscher des Hohenzollernhauses, stellt als König von Preußen seit Jahr und Tag — seit seiner Flucht nach Amerongen — durch Hoffnungen und jüdische List die wahnwitzigsten Ansprüche und Forderungen an diese Republik. Und was tut diese Republik?

Welch sie die Ansprüche ab? Nehmen die verantwortlichen preußischen Minister eine Diskussion über diese Forderungen ein? Seit geschick! Seit 1918 gibt es vielmehr zwischen den verschiedenen preußischen Regierungen (die stets aus einer Koalition sozialdemokratischer und bürgerlicher Minister bestanden) und dem vormaligen regierenden Königshause Vermögensauseinandersetzungen, langwierige Verhandlungen, die darauf abzielten, im Wege eines Vergleichs Wilhelm Hohenzollern und seiner ganzen Sippschaft unvermeidliche Werte an Grund und Boden, an Milliarden Goldmark anzukaufeln.

Schon im Januar 1920 lag von der preußischen Staatsregierung (Präsident: Paul Hirsch, „Genosse“ der SPD, Finanzminister: Albert Südekum, „Genosse“ der SPD, jetzt Reichsminister auf dem Reichstag) der Entwurf eines Gesetzes über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preussischen Staat und dem „preussischen Königshause“ vor. Dattiert: Berlin, den 27. Januar 1920, offensichtlich, — wie es scheint — um zu zeigen, daß im Krieg bewährte kaiserliche Sozialisten trotz Revolution ihrem Wortsachen am Geburtstage keine „keine“ Nummerfanten erteilen wollen. Nach Schätzung des „Vorwärts“ betrug diese Morgengabe etwa 500 Millionen Goldmark. Nach diesem

von sozialdemokratischen Ministern

in Verbindung mit Wilhelms kungen Hausminister, dem Grafen Eulenbura, und dem Berliner Justizrat Dr. E. E. E. (dazu sind jüdische Köpfe immer auch) vorgeschlagenen Vergleich sollte das preussische Königshaus, das zurzeit 48 Mitglieder umfaßt, nur

20 Räte, Schäfer, Krangier, Ellen erhalten. Günstigst aller Gegenstände aus Goldmetall, Juwelen usw., die sich in den unter 30 Nummern sein säuberlich aufgeschriebenen Verzeichnis befinden.

Als dieses Schandwert dieses Hohenzollernschlecht der Sozialdemokraten, Anfang März 1920 zur Beratung vor den



George Grosz.

## Mehr können wir leider nicht geben.

preussischen Landtag kam, verhinderte die Empörung und Blut der breiten Arbeiterschaft die Annahme des Gesetzentwurfs und Überweisung der Milliardenwerte.

Der Gesetzentwurf vom 27. Januar 1920 wurde begraben im Rechtsausschuß. Jetzt erlebt er seine Wiederauferstehung in einer Denkschrift des preussischen Finanzministeriums, die am 3. September 1924 dem preussischen Landtag zugegangen ist. Sie umfaßt nicht weniger als 188 Foliosseiten. Der zweite Teil bringt eine „Uebersicht über die der Auseinandersetzung unterliegenden Vermögensmassen“. Dabei handelt es sich um insgesamt

33 Herrschaften, die aus einzelnen Gütern zusammengefaßt sind, ferner um 102 Grundstücke in Berlin (darunter 17 Gärtengrundstücke, wie die Staatsoper, Schauspielhaus), Cassel, Hannover, Wiesbaden usw. Und weiter kommen hinzu nicht weniger als achtzig Schloßer, Burgen, Palais und Jagdschlösser in Berlin, Potsdam, Breslau, Coblenz, Wilmshöhe, Hannover, Königsberg, Brandenburger, Rominten, Schwedt, Wiesbaden u. v. a.

Der dritte Teil der Denkschrift bringt ein „Rechtsgutachten über das vermögensrechtliche Verhältnis des Hauses Hohenzollern zum preussischen Staat.“ Die Ansprüche gehen bis auf den Großen Kurfürsten, bis zu den Testamenten der Kurfürsten von Brandenburg im 15. Jahrhundert zurück. Was ist Staatsgut und was ist Privatgut? Darüber

## Wovon sollen unsere Väter leben?

streiten sich die Rechtsgelehrten, die Hofhistoriographen mit den ehemals kaiserlichen, jetzt auf dem bürgerlichen Boden der Lasten stehenden republikanischen SPD-Ministern.

Einig jedoch sind sie sich alle darüber, daß es keine politische Frage, sondern ausschließlich eine Rechtsfrage

ist. Der „Vorwärts“ schrieb damals: Die Zustimmung zur Vorlage wäre eine solche Ungeheuerlichkeit, daß das deutsche Volk, diese wirklchen Opfer des Krieges, sein Vertrauen den Männern und Parteien fänden müßte, die ihr zugestimmt hätten.“ Und der Vorsitzende der Berliner Parteiorganisation, Franz Krüger, konnte noch besser drillen: „Der ehemalige König hat sein angebliches Privatgut nicht als Privatgut, sondern als König erworben. Es hört also auf, sein Privatgut zu sein mit dem Augenblick, wo es vom Thron heilen mußte. Diese Vorlage darf nicht Gesetz werden. Nach einer bürgerlichen Zeitungsmeinung soll Genosse Südekum die Absicht haben, die Vorlage gegen unsere Stimmen durchzubringen. . . . So dumme ist Genosse Südekum nicht, daß er nicht wüßte, durch ein solches Verhalten würde er nicht nur als Minister, sondern auch als Parteigenosse erleblich sein, und das Verbrechen der sozialdemokratischen Minister würde ein Ding der Unmöglichkeit sein.“

Sachte, sachte! Wir wollen es abwarten. Jetzt — 1924 — wo die neue Denkschrift über die Vermögensauseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshause vom preussischen Staatsmini-

sterium verlegt wird. Geldern zu diesem Staatsministerium nicht sein Präsident, das Mitglied der SPD, Otto Braun? Gehört nicht dazu der trefflichste der trefflichen, der Minister des Innern, Genosse Sebering? Und gehört nicht nebbich auch noch dazu als Dritter im Bunde, der jüdische Metallarbeiter Ziering?

Kennen diese Minister die Denkschrift ihres Kollegen, des vorkapitalistischen Finanzministers von Richter, nicht? Willigen sie keine Verhältnisse zur Abfindung der Hohenzollern etwa nicht? Man hat bisher von irgend einem Protekt dieser drei Klassenkämpfer oder auch nur von einer Unfähigkeit im preussischen Kabinett nichts gehört.

Sant dieser amtlichen Denkschrift des preussischen Finanzministers wurden den Mitgliedern des ehemals regierenden Königshause folgende Summen bereits angezählt: „Dem vormaligen König wurde zur Beschaffung einer Wohnsitzgenossenschaft in Holland im März 1919 der Erlös für die Grundstücke Wilhelmstraße 72/3 überlassen.“ (Wie hoch diese Summe war, verrät die Denkschrift nicht) Weiter „zur Bekleidung seines persönlichen Unterhalts wurden dem vormaligen König bis zum Mai 1921 rund 22 Millionen, und im Jahre 1922 der Gesamtsumme von 24 000 holländischen Gulden überwiesen.“ Seit dem 1. Januar 1924 zahlt die preussische Regierung dem vormaligen König

monatlich 50 000 Goldmark!

Die preussische Staatsregierung (also die Herren Braun, Sebering, Ziering, ein Demotat, zwei Zentrum- und zwei Sozialdemokraten) macht den Hohenzollern das folgende Angebot: Im Besitz des vormaligen Königshauses sollen als unbefristetes Eigentum verbleiben die folgenden Hausgrundstücke:

- Berlin: Unter den Eichen 36/37, Wilhelmstraße 72/73, Potsdam: Gärtenhof, Villa Aquila, Villa Ebnort, Villa Jagdenstein, Villa Alexander, Reichswehr bei Homburg, Burg Hohenzollern, Villa des Prinzen Heinrich in Vorp., Schlösser Klein-Gliedde, Kirche Hülshof, Grundstücke in Pöhn, Landhaus in Rominten.

Die folgenden Güter:

- Herzogin Luise, Gut „Sauerstein“ (Kreis Rummelsburg), Gut Lantau (Kreis Glogau), Herrschaft Schwedt (Kreis Angermünde), „Waldenbruch“ (Kreis Greifenhagen), „Frieden-Krojanke“, „Garten, Eichenberg, Schenkenstein“, „Fronenberg und Gärten“ (Kreis West-Fernberg), und andere.

Dieses Angebot lehnte jedoch Wilhelm Hohenzollern als zu popelig ab. Weil seine Mindestforderung auf den sofort freizugebenden Land- und Forstbesitz nicht erfüllt wurde, Wilhelm der Reichelene wollte auf die große, einige Goldmarken wert abwerfende Privatkommission nur unter der Voraussetzung verzichten, wenn ihm im Ueberbesseln sein Landbesitz in seinem vollen Umfang von etwa 400 000 Morgen

zugelassen würde. Gegen diese Mindestforderung sträubt sich die preussische Staatsregierung noch.

Der vorige Reichstag, Wilhelm, der nicht gerade wegen seines vorkapitalistischen Auftretens erlöste Nationalität behauptete in seinen Schrifften mit advokatischer Entrüstung, wenn auch nicht ohne Humor:

„Der Vergleich lasse den Hohenzollern kaum einen angemessenen Unterhalt.“

Und diesem Wilhelm, einem Herr, der befehlen kann — wie alle objektiven Kräfte der Welt bezogen würden — in ein geschlossenes Haus für ungeliebte Bekleidungsstücke (Mittel für Größtentnahmungen) gehört, soll nach dem Willen des preussischen Staatsministeriums ein Vermögen von unübersehbaren Werten ausbezahlt werden?

Welchen angemessenen Unterhalt gewährt das preussische Staatsministerium dem durch ihn zum Krüppel gewordenen Protektor? Welchen angemessenen Unterhalt erhalten die Kriegsentfchädigten, Witwen und Waisen? Welchen angemessenen Unterhalt erhalten die durch den Krieg, den Staatsbetrug beim Währungsverfall, durch den Ruhrkrieg und seine Folgen um ihr Leben an Hab und Gut gekommenen Kleinrentner, Arbeiter, Bauern und Handwerker?

Darum gehen die Herren sozialdemokratischen Führer, die behaupten, die Interessen und die Rechte der Arbeiterklasse wahrzunehmen, eine Antwort. Wenn man sie stellt, werden sie aus. Für einen angemessenen Unterhalt der ihnen verwandten proletarischen Massen zu sorgen, legen sie, sind die Zeiten zu schlecht, liegt die deutsche Wirtschaft zu sehr darnieder. Wer für diesen Monarchen, der sehr gegen ihren Willen lächelte, dessen Thron sie noch Anfang November 1918 retten wollten, für diesen nichtsnutzigen und brutalen Feind der deutschen Arbeiter haben sie Millionen über Millionen aus dem Volkvermögen zur Verfügung, als Dank für seine Leistung werden sie ihm an jedem Monatsende 50 000 Goldmark, auf daß er weiter die Kontinentalrevolution wirksam unterstützen könne.

Dann hat vor 132 Jahren die große französische Revolution, die nicht von Sozialisten, sondern nur von radikalen bürgerlichen geführt wurde, die Probleme die sie vorband, etwas anders gelöst: war ist sie mit ihrem König etwas anders umgegangen, sie hat ihm seine Güter und Schlösser überwiefen, auch sein Gold und Silber für seinen angemessenen Unterhalt angezählt, sie hat sich mit ihm auf seine Vermögensauseinandersetzung eingelassen, sie hat nicht einmal sein Privatgut anerkannt, selbst das nicht an seinem Falsch, denn sie hat ihn geschickt. Im Jahre III der Revolution.

Aber die bürgerlichen Träger dieser Bewegung hießen allerdings Danton, Robespierre, Saint-Just, Marat, Babeuf, und unsere demokratischen Republikaner hören auf die Namen: Südekum, Hirsch, Braun, Sebering und Ziering.

# Heraus zur Kampagne gegen den Londoner Hungerpakt!